

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1098 Postulat Wyss Josef und Mit. über die Prüfung der effizienten Nutzung der Flächen (inkl. Reserveflächen) im Sicherheitszentrum Rothenburg / Finanzdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Josef Wyss ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von Urs Marti übernommen.
Urs Marti hält am Postulat fest.

Urs Marti: Wie bereits bei der Diskussion über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ausgeführt, ist die Mitte-Fraktion nicht einverstanden damit, dass die Regierung Investitionen verzögert. Dazu gehört auch ein Masshalten bei den jeweiligen Projekten. Dabei geht es nicht um die Vorbildmassnahmen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, sondern höchstens um einen ehrlichen und gesamtheitlichen Klimaschutz, aber insbesondere um Dimensionierungs- und Sonderwünsche. Wie auch schon bei der Behandlung der Botschaft B 164 ausgeführt, lassen es die Finanzen des Kantons nicht zu, dass die Dimensionierung zu grosszügig bemessen wird. Daraus ergeben sich deutlich zu hohe Kosten. Wir können diesbezügliche Korrekturen in der Kommission anlässlich der Beratung der Botschaft nicht einbringen und der Problematik nur mit einer Rückweisung begegnen. Dazu ist uns aber das kommende Bauvorhaben zu wichtig. Wir werden deshalb den Vorschlag für eine Kommissionsmotion der VBK unterstützen, deren Ziel es ist, Einsicht in Konzept und Raumprogramm zu erhalten, bevor die Botschaft definitiv ausgearbeitet ist. Damit sollen schlussendlich die Kosten im Rahmen bleiben und die jeweiligen Projekte gute Voraussetzungen für eine mehrheitliche Zustimmung des Stimmvolkes erhalten. Beim vorliegenden Postulat geht es genau darum. Wir wollen aber das Projekt Sicherheitszentrum Rothenburg weder verhindern noch verzögern. Aus unserer Sicht ist keine parallele Planung notwendig. Die Mitte-Fraktion schlägt vor, die gewünschten Ergänzungen zusammen mit der Botschaft vorzunehmen. Eine Auslegeordnung in der Botschaft hilft diesem ausserordentlich wichtigen Grossprojekt letztlich, um vor dem Volk bestehen zu können. Bei der Erarbeitung des definitiven Projekts kann dann auch die Kommission stärker einbezogen werden. Wir bitten Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Sabine Wermelinger: Wir erinnern daran, dass die Organisationen, welche ins Sicherheitszentrum ziehen sollten, in engen und veralteten Räumlichkeiten einquartiert sind. Zukünftig sollen zwischen den geplanten Nutzungseinheiten bestmögliche Prozessabläufe geboten und Synergien genutzt werden. Mit der maximalen Bebauung am Standort Rothenburg kann die optimale Umsetzung des erweiterten Raumbedarfs erfolgen. In der heutigen Zeit des verdichteten Bauens dürfte es zudem klar sein, dass das Bauvolumen einer

Parzelle möglichst ganz ausgenutzt werden soll. Fremdvermietungen sind zudem stets möglich. Die involvierten Organisationen wurden bestimmt, und die nötigen Flächen sind ausgerechnet worden und sollen mit etwas Reserve realisiert werden. Wir haben bei der Beratung in der Kommission bereits viele Fragen gestellt, vertiefte Diskussionen zum Raumprogramm und den involvierten Organisationseinheiten geführt und dem Projekt nach einer kritischen Prüfung zugestimmt. Ob der erfolgte Prozess tatsächlich richtig war, muss mittels eines Vorstosses zu einem anderen Zeitpunkt geklärt werden. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme erwähnt, soll das Objekt seinem Zweck auf lange Dauer dienen können. Das bedingt auch Reserven. Die Regierung, und das scheint uns zu diesem Zeitpunkt die richtige Flughöhe zu sein, wird auf ihrer Stufe den Projektumfang und die Kosten auch in der nächsten Planungsphase kritisch hinterfragen und optimieren. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab.

Martin Waldis: Das Postulat fordert, dass bei der Planung für das Sicherheitszentrum Rothenburg zu prüfen ist, wie geplanten Reserveflächen effizient genutzt werden sollen. Die Regierung lehnt das Postulat zu Recht ab, da bereits bei der Planung laufend neue Einheiten ergänzt wurden. Mittlerweile wurde das Angebot erweitert und optimiert. Es liegt auf der Hand, dass die komplexe Planung weitsichtig erfolgt. Deshalb erscheinen weitere Massnahmen weder zielführend noch sinnvoll. Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Anja Meier: Gut gemeint, aber trotzdem falsch – so lässt sich das vorliegende Postulat aus Sicht der SP-Fraktion am besten zusammenfassen. Effizienz und Optimierung sind in der Regel sehr sympathische Politschlagwörter und stossen in der Regel auch bei uns auf offene Ohren. Wie bereits ausgeführt, befinden wir uns in der Projektierungsphase, und die Planung läuft. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, wurden bereits Überprüfungen zur Projektoptimierung vorgenommen. Eine erneute Überprüfung für die Unterbringung einzelner zusätzlicher Organisationseinheiten hätte nicht nur einen inhaltlichen Mehrwert, sondern würde auch zur Mehrkosten führen und weitere Terminverzögerungen nach sich ziehen. Zwei parallel laufende Planungen durch eine zusätzliche Überprüfung des Raumprogramms sind aus unserer Sicht nicht zielführend und laufen der Planungssicherheit zuwider. Nichtsdestotrotz ist die SP-Fraktion nicht wirklich glücklich damit, was in der Sache Sicherheitszentrum Rothenburg seitens Regierung bis vor Kurzem geschehen ist. Wir verfolgen deshalb die Weiterentwicklung sehr aufmerksam und erwarten, dass die Regierung den Projektumfang und die Kosten auch in der nächsten Planungsphase kritisch hinterfragt und optimiert. Jetzt aber dem Postulat zuzustimmen, würde bedeuten, den Verantwortlichen Knebel zwischen die Beine zu werfen. Das möchten wir nicht und folgen deshalb der Regierung. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ursula Berset: Unser Rat hat diesen März der Botschaft B 148 zugestimmt. Damit haben wir auch die Zustimmung erteilt, dass die Projektierungsphase für das neue Sicherheitszentrum gestartet wird. In der damaligen Debatte wurde über eine Etappierung diskutiert, diese wurde aber abgelehnt, weil sie zu deutlich höheren Kosten geführt hätte. Uns ist nicht klar, welchen Nutzen wir daraus ziehen würden, parallel zum laufenden Prozess zusätzliche Abklärungen und weitere Planungsarbeiten in Auftrag zu geben. Uns ist es wichtig, dass diese Arbeiten nun zügig vorangehen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Roger Zurbruggen: Die Mitte-Fraktion hält am Postulat fest. Das ursprüngliche Investitionsvolumen von knapp 100 Millionen Franken wurde mit diversen Erweiterungen verdreifacht. Das Problem wird die bevorstehende Volksabstimmung sein, wo Kosten und Nutzen erklärbar sein müssen. Für die Bevölkerung muss es klar ersichtlich sein, dass verschiedene Projektvarianten – und das verlangt das Postulat – mit ihrem

Kosten-Nutzen-Verhältnis dargestellt werden und warum die anderen Varianten der zu favorisierenden unterlegen sind. Ansonsten lehnt die Bevölkerung in Zeiten steigender Lebenskosten das 300-Millionen-Franken-Vorhaben an der Urne ab, und die Regierung befindet sich wieder auf Feld eins. Mit dieser Auslegeordnung verlangen wir eine detaillierte Darstellung. Das kann innerhalb der Botschaft erfolgen, die sowieso ausgearbeitet wird. Es kommt also zu keiner Verzögerung. 300 Millionen Franken sind kein Pappenstiel. Wir wollen verstehen, wie die Steuergelder optimal eingesetzt werden. Wenn unser Rat das vorgelegt erhält und selbst verstehen kann, können wir das auch der Bevölkerung kommunizieren, und das Projekt hat an der Urne eine Chance. Wer dieses Postulat erheblich erklärt, erhöht schlussendlich die Chance für die Realisierung des notwendigen neuen Sicherheitszentrums in Rothenburg.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass man sich über die Kosten des Sicherheitszentrums Rothenburg Sorgen macht. Aber die Forderung des Postulats steht im Widerspruch zur Genehmigung des Projektierungskredits durch Ihren Rat. Sie haben im Frühjahr einem Projekt zugestimmt und uns aufgefordert, die entsprechenden Mittel dafür einzusetzen. Der Projektierungskredit reicht nicht aus, um mehrere Varianten zu bearbeiten. Es ist kaum im Sinn Ihres Rates, Mittel für die Erarbeitung von verschiedenen Projektierungsvarianten einzusetzen und am Schluss für eine Variante nicht das entsprechende Resultat vorweisen zu können. Wir müssen ehrlich sein. Es stimmt nicht, dass es zu keiner Verzögerung kommt. Wenn wir eine Variantenbeurteilung vornehmen, müsste ja entschieden werden, welche Variante umgesetzt wird. Das wäre unweigerlich mit Verzögerungen verbunden. Ich kann Ihnen versichern, dass die Regierung das Anliegen aufgenommen hat, das Projekt möglichst kostenoptimiert zu realisieren. Wir überprüfen den Anforderungskatalog nochmals und versuchen, die Kosten zu optimieren. Im Rahmen der Projektierung mehrere Varianten auszuarbeiten, ist nicht unsere Interpretation des Projektierungskredits, dem Ihr Rat zugestimmt hat. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat abzulehnen

Der Rat lehnt das Postulat mit 69 zu 27 Stimmen ab.